

Vortrag im Rahmen der Kundgebung der Gewerkschaften
am 1. Mai 2005 in Herborn

**„Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor!
Du hast Würde. Zeig sie!“**

In einer freiheitlichen Demokratie ist die Würde des Menschen der oberste Wert. Dass Menschen nicht nur Würde haben, sondern dass ihre Würde unantastbar, als Oberstes zu achten und zu schützen ist, steht deshalb gleich im ersten Artikel unseres Grundgesetzes.

Doch was gibt Menschen Würde und wie zeigt sie sich?

Nach christlichem Verständnis sind wir als Gottes Geschöpfe und Ebenbild mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte und beauftragte "Persönlichkeiten". Daraus erwächst Menschen Würde. Es bedeutet, dass uns in umfassendem Sinn Verantwortung für uns selbst und die Schöpfung in der wir leben aufgetragen ist. Und da Menschen in einer Gemeinschaft leben und auf einander angewiesen sind, bedeutet es ebenfalls, dass jeder und jede Einzelne an den Entscheidungen für die Gesamtheit mitwirken kann und soll. Individuelle Interessen und Ideen sollen mit denen der anderen zusammen und möglichst zum Ausgleich gebracht werden. Ein Staat, der es sich zur obersten Aufgabe gemacht hat, die Würde der Menschen zu achten und zu schützen, muss daher Rahmenbedingungen schaffen, die Menschen genau das ermöglichen. Er muss Menschen in ihrer Bereitschaft und Fähigkeit für sich und andere Verantwortung zu übernehmen ernst nehmen und darin fördern und unterstützen. Für alle, die aufgrund von Krankheit, Alter oder Behinderung dazu vorübergehend oder dauerhaft nicht in der Lage sind, muss die Gemeinschaft Lebensbedingungen sichern, die auch ihre Würde achten.

Das biblische Menschenbild, das jedem Einzelnen Verantwortung für sich, für die Gesellschaft und für die Umwelt zuspricht, stimmt im Übrigen weitgehend mit den Ansätzen, die sich seit Jahrzehnten in Urteilen und Urteilsbegründungen des Bundesverfassungsgerichts zum Sozialstaatsprinzip und zur Menschenwürde wiederfinden überein.

Für die meisten Menschen bedeutet Würde 1., ein so weit wie möglich freies und selbst bestimmtes Leben zu führen. Dazu gehört selbstverständlich und vordringlich, dass sie ihren Lebensunterhalt bzw. den ihrer Familie selbst erarbeiten wollen und für sich und ihre Angehörigen sorgen.

Ein Leben in Würde bedeutet 2. am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben d.h. mitzugestalten und mitzubestimmen am Arbeitsplatz, im Privatleben und persönlichen Umfeld und auf verschiedenen politischen Ebenen.

Ein Leben in Würde bedeutet schließlich und 3. unabhängig von wirtschaftlich messbaren Leistungen als Person geachtet und respektiert zu werden.

Welche Voraussetzungen müssen also gegeben sein, damit Menschen in diesem Sinn in Würde leben können?

In unserer Industrie-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist Erwerbsarbeit dafür ein entscheidender Schlüssel. Neben der Existenzsicherung und der Voraussetzung für die Befriedigung unterschiedlichster Bedürfnisse ist sie von entscheidender Bedeutung für die Teilhabe an Gesellschaft geworden. Und da in dieser Gesellschaft soziale Anerkennung und Integration überwiegend von (erfolgreicher) Erwerbsarbeit bestimmt und zugeteilt wird, wird sie darüber hinaus wesentlich für das Selbstwertgefühl und die Selbstachtung von Menschen. In einer Gesellschaft, in der offiziell 5 Mill., tatsächlich aber noch weit mehr Menschen von existenzsichernder Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, noch viel mehr in ständiger Unsicherheit und Angst um ihren Arbeitsplatz leben und viele von ihnen unter den gegebenen Bedingungen kaum eine realistische Chance haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, der es Ihnen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, ist die Würde von Menschen gefährdet.

Technik und Produktivitätsfortschritte haben Menschen von mancher körperlich sehr belastenden, schmutzigen oder gefährlichen Arbeit entlastet. Das ist gut. Andererseits haben aber Zeitdruck, Arbeitsverdichtung, enorm gewachsene Anforderungen an Qualifikation aber auch an Flexibilität und Mobilität sowie die zunehmende Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes zu neuen, nicht weniger gravierenden Belastungen

geführt. Während viele Erwerbstätige unter diesen Arbeitsbedingungen leiden, leiden andere unter der Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit.

Diese Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist die Folge von weltweitem technischem Fortschritt, praktisch unbegrenzter Mobilität von Kapital und Wissen, hoch entwickelten Transportsystemen für Güter aller Art, also den Faktoren, die wir häufig als wesentliche Voraussetzungen oder Elemente der Globalisierung bezeichnen. Für die anhaltend hohe und tendenziell trotz saisonaler Schwankungen eher noch wachsenden Arbeitslosigkeit sind deshalb sicher nicht die Einzelnen verantwortlich, die in Folge von Betriebsschließungen oder Umstrukturierungen ihren Arbeitsplatz verlieren. Gerade weil es um den Aspekt der Menschenwürde geht, halte ich es für wichtig, das deutlich festzustellen und auch hier der Vereinzelung und der individuellen Zuschreibung von Verantwortlichkeit oder gar Schuld entgegenzuwirken.

Häufig wird mangelnder Leistungswille als Ursache für diese Situation benannt. Um das zu belegen, wird immer wieder gerne auf die Erfahrungen, die in Deutschland in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg gemacht wurden verwiesen. Auch Bundespräsident Köhler hat in seiner vielbeachteten Rede vor dem Arbeitgeberforum Mitte März behauptet, Deutschland vernachlässige das damals wirksame Erfolgsrezept das dem Land Zuversicht, Wohlstand, Stabilität und Ansehen brachte, durch eine Ordnung, die Leistung ermutigte und sozialen Fortschritt brachte. Das dies damals ein Erfolgsrezept war ist zum großen Teil völlig richtig. Fasst immer wird aber ein wesentlicher Punkt überhört, wenn die Rückkehr zu diesem Erfolgsrezept eingeklagt wird. Der wirtschaftliche Aufstieg in den Jahrzehnten nach dem Krieg hat tatsächlich auch sozialen Fortschritt gebracht. Die arbeitenden Menschen hatten Anteil daran und dieser Anteil wurde anerkannt. Auch für sie hat sich Leistung gelohnt. Wenn der Bundespräsident feststellt, dass damals noch niemand von Globalisierung gesprochen hat, ist das ebenfalls richtig und gleichzeitig einer der entscheidenden Faktoren, der unsere heutige Situation von der damaligen unterscheidet. Der zitierte Käfer lief und lief noch viele Jahre lang – aber nicht von deutschen Bändern sondern in Mexiko weil auch dort, wie in vielen anderen Ländern inzwischen die notwendigen wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen waren. Das bedeutete zunächst keinen Nachteil für die deutsche Wirtschaft. Dem Erfolgsmodell Käfer folgte das Erfolgsmodell Golf und Beispiele für vergleichbare Entwicklungen lassen sich für

fast alle anderen Produktionsbranchen finden. Die deutsche Wirtschaft war, nicht zuletzt aufgrund ihrer hochqualifizierten Arbeitskräfte in Entwicklung und Produktion immer wieder in der Lage, hochwertige, international wettbewerbsfähige Produkte auf dem Weltmarkt erfolgreich zu verkaufen. Das ist auch heute noch so. Deutschland hat seit Jahren einen hohen stabilen Exportüberschuss. Allerdings ist ein großer Teil der wirtschaftlichen Aktivität heute nicht mehr auf die Entwicklung und Produktion von wettbewerbsfähigen Gütern ausgerichtet, sondern in erster Linie auf Kapitalrendite an den Finanzmärkten – und an diesen Erträgen werden die Arbeitnehmer nicht mehr beteiligt wie das in den so oft beschworenen Zeiten des deutschen Wirtschaftswunders der Fall war. Die praktisch unbegrenzte internationale Mobilität des Kapitals, der technische Fortschritt in den Industrieländern und die zunehmende technische Entwicklung in den sog. Schwellenländern schwächte die Verhandlungsposition des Produktionsfaktors Arbeit. Arbeit wurde in diesem Denkschema mehr und mehr zum bloßen Kostenfaktor. Die Globalisierung hat die nach dem 2. Weltkrieg entstandene Balance der Kräfte zwischen Arbeit und Kapital aus dem Gleichgewicht gebracht. Damit einher ging ein zunehmender Druck auf die Gewerkschaften als Vertreterinnen von Arbeitnehmerinteressen. Flächentarifverträge wurden als nicht mehr zeitgemäß, als fortschrittshemmend diskreditiert. Dass die Gewerkschaften an vielen Stellen zu Lösungen beigetragen haben, die ein hohes Maß an betrieblicher Flexibilität ermöglichen, wird weitgehend geleugnet oder ignoriert. Erst am Wochenende hat der Vorsitzende der kleinsten von den im Bundestag vertretenen Parteien wieder Gewerkschafter für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Es ist die gleiche Partei, die uns einzureden versucht, dass Vereinzelung gleichbedeutend ist mit Freiheit. Sie wissen so gut wie ich, dass das nicht wahr ist. Jeden Einzelnen zum persönlichen Arbeitskraftunternehmer zu machen trägt gerade dazu bei, arbeitende Menschen auf ihre Funktion als Produktionsfaktor zu reduzieren und Arbeit als Ware wie jede andere zu verstehen.

Die Behauptung, eine Senkung der Arbeitskosten führe zu mehr Investitionen, schaffe Arbeitsplätze und Wachstum, das allen zugute komme hat sich in den letzten Jahren nicht bestätigt. Das Wachstum kommt keineswegs allen zugute. In den letzten zehn Jahren sind die Netto-Realeinkommen um mehr als vier Prozent gesunken. Während die Wirtschaft im gleichen Zeitraum um 15 Prozent gewachsen ist, erleben wir einen zunehmenden Druck auf die Löhne und Gehälter. Dass die Erträge bei einzelnen Unternehmen noch deutlich darüber liegen haben nicht nur die Deutsche

Bank und Microsoft in der letzten Woche wieder stolz verkündet. Auch in der Stahlindustrie werden seit einiger Zeit Renditen erreicht, die es mir fraglich erscheinen lassen ob eine Beteiligung der Arbeitnehmer unter den angebotenen 2% gerechtfertigt sind.

Selbstverständlich ist allen bewusst, dass dies nicht in allen Branchen der Fall ist. Trotzdem muss festgestellt werden dass die freiheitlich demokratische Grundordnung die Würde und Freiheit des Menschen auch im Verhältnis der Bürger untereinander und d.h. auch im Verhältnis zwischen AN und AG zu sichern hat und nicht nur im Verhältnis zwischen Bürger und Staat für Gerechtigkeit und Menschlichkeit sorgen soll. Das bedeutet auch, dass eine Ausnutzung des einen durch den anderen verhindert werden soll. Das BVerfG sieht es deshalb auch als Aufgabe des Staates an, wirkliche Ausbeutung, nämlich Ausnutzung der Arbeitskraft zu unwürdigen Bedingungen und unzureichendem Lohn zu unterbinden.

Die Erweiterung des Entsendegesetzes über die Baubranche hinaus, mit dem Ziel Mindestlöhne auch für andere Branchen festzusetzen, wie sie von der europäischen Sozialcharta gefordert werden und wie es sie übrigens in vielen europäischen Nachbarländern seit langem gibt, ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Diese Mindestlöhne müssen von den Tarifparteien ausgehandelt werden und selbstverständlich brauchen wir dazu handlungsfähige Gewerkschaften.

Wirtschafts-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik darauf zu fokussieren, dass sie in erster Linie der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen ist wichtig und sinnvoll. Das darf allerdings nicht heißen, Arbeit um jeden Preis. Löhne, die es Menschen trotz Vollzeitarbeit nicht ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und die dadurch zu Armut führen, sind demotivierend und entwürdigend. Sie sind aber auch volkswirtschaftlich unsinnig. Löhne müssen selbstverständlich in einer vernünftigen Relation zu den Lebenshaltungskosten in einem Land stehen. Von Löhnen, die sich an chinesischen Maßstäben orientieren kann niemand in Deutschland seine Miete bezahlen und erst recht nicht dazu beitragen, dass die Binnennachfrage wieder ansteigt. 1-Euro und Minijobs oder Ich-AGs verbessern vielleicht optisch die Arbeitslosenstatistik. Ob sie tatsächlich die Lebenslage der arbeitenden Menschen verbessern, darf bezweifelt werden.

Wenn wir die Möglichkeit zur demokratischen Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen als eine wesentliche Voraussetzung für ein Leben in Würde betrachten, dann hat der Staat auch die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Das heißt dass neben den gesetzlich garantierten Rechten zu entsprechender Partizipation etwa durch Wahlen oder durch die Mitgliedschaft in freien Parteien und anderen Vereinigungen vor allem auch die dafür notwendige Qualifikation und Bildung allen Menschen zugänglich sein muss.

Das Fundament für das Leben in einer Gemeinschaft wird in unserer Gesellschaft für die meisten in der Familie gelegt. Hier kann man lernen wie wichtig gegenseitige Verlässlichkeit, Angenommensein, Vertrauen aber auch das für einander Sorgen und Einstehen sind. Hier können Kinder Orientierung erhalten und lernen nach ihren Fähigkeiten Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Familien zu stärken und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Eltern die Möglichkeit haben, das was nötig ist für ihre Kinder aber auch im Interesse der Gesellschaft zu tun ist damit auch unter diesem Gesichtspunkt eine wichtige Aufgabe des Staates.

Pflege, Erziehung und Bildung werden allgemein als gesellschaftlich und ökonomisch wichtig und wertvoll betrachtet. Das sind sie nicht nur für den Einzelnen, sondern sie schaffen darüber hinaus auch einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen, der über den individuell zurechenbaren Nutzen hinausgeht.

Was sie uns als Gesellschaft wert sind und wie die dafür notwendigen Ausgaben zu finanzieren sind, ist eine politische Entscheidung. Es liegt in der Verantwortung der Politik hier Entscheidungen zu treffen, die die langfristigen gesellschaftlichen Interessen einbeziehen und auch im Sinne der heranwachsenden und zukünftigen Generationen eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen und fördern. Dafür braucht die öffentliche Hand auf allen Ebenen die nötigen Mittel. Ein schlanker Staat ist nicht der Beste, wenn deshalb den Kommunen die Mittel fehlen für Kindertagesstätten, die Instandhaltung von Schulen und städtischen Kliniken oder die Länder kein Geld für Lehrer und gemeinsam mit dem Bund für leistungsfähige Hochschulen und Forschungsförderung haben. Eine gute Ausbildung und ein hohes allgemeines Bildungsniveau sind nicht nur für den Einzelnen die entscheidende Voraussetzung für eine Chance auf erfolgreiche Erwerbstätigkeit, sie tragen auch wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Erhaltung unserer Demokratie bei.

Um ein Leben in Würde für alle, unabhängig von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu sichern brauchen wir schließlich ein zukunftsfähiges soziales Sicherungssystem.

Die Argumentation, der angeblich überbordende Sozialstaat hemme das Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung blieb zu oft unwidersprochen. Tatsächlich hat dieser Sozialstaat gerade in den letzten 15 Jahren seine Leistungsfähigkeit bewiesen. Die Solidaritätsleistung, die Deutschland durch die Wiedervereinigung und die damit verbundenen Transferzahlungen in die neuen Bundesländer erbracht hat, ist weltweit ohne Beispiel. Darauf können wir stolz sein. Dass diese Solidaritätsleistung zu einem erheblichen Teil den sozialen Sicherungssystemen und damit dem Produktionsfaktor Arbeit aufgebürdet wurde, war trotzdem eine politische Fehlentscheidung. Sie war dem Versprechen geschuldet, dass die Kosten der Einheit ohne Steuererhöhungen getragen werden können. Sie hat dazu geführt, dass diese Kosten einerseits verschleiert und andererseits die damit verbundenen Belastungen nicht gerecht verteilt wurden. Inzwischen gibt es einen weitgehenden Konsens darüber, dass die abhängige Erwerbsarbeit von den Kosten der sozialen Sicherung entlastet werden muss. Dies darf allerdings nicht allein zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschehen, sondern erfordert eine Verteilung der Lasten nach der finanziellen Leistungsfähigkeit - und selbstverständlich können wir uns das in Deutschland leisten.

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von Anfang 2005 stellt eindeutig fest. Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind keineswegs alle reich.

Einerseits steigen sowohl die Einkommen der Reichsten als auch ihr Anteil am Gesamteinkommen. Andererseits haben wir eine wachsende Anzahl von Menschen, die verarmt und überschuldet sind. Noch gravierender ist die Auseinanderentwicklung zwischen reich und arm wenn man die Vermögensverteilung betrachtet. Während auf die unteren 50% knapp 4% des Vermögens entfallen, verfügen die oberen 10% über 47% des privaten Vermögens (ohne Betriebsvermögen). Dieser Anteil ist seit 1998 noch einmal um gut 2% gestiegen. An dieser Stelle kann ich es mir nicht verkneifen daran zu erinnern, dass Deutschland eines der wenigen Länder in der Welt ist, das ganz auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Vor diesem Hintergrund muss auch die Tatsache bewertet werden, dass gerade in den letzten Jahren sowohl die Körperschaftssteuer wie auch der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer mehrfach ge-

senkt wurde, ohne dass dies durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen und eine effektivere steuerliche Betriebsprüfung ausgeglichen worden wäre. Natürlich geschah dies mit Hinweis auf den internationalen Druck im Standortwettbewerb um Unternehmen und Arbeitsplätze. Tatsächlich liegt aber die steuerliche Belastung gerade der großen transnationalen Unternehmen in Deutschland am unteren Ende der Vergleichsskala. Dies wird sowohl durch Statistiken der OECD als auch durch wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig belegt. Deutschland ist kein Hochsteuerland. Die international tätigen Unternehmen nutzen lediglich die Gunst der Stunde, um sich durch Druck auf die nationalen Regierungen angesichts hoher Arbeitslosigkeit weitere Vorteile zulasten der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der abhängig Beschäftigten zu sichern. Wir haben es hier sicher mit einem Problem zu tun, das heute nicht mehr allein auf nationaler Ebene zu lösen ist. Bei entsprechendem politischen Willen wäre allerdings, davon bin ich überzeugt, im Rahmen der EU viel zu erreichen. Die Forderungen des Internationalen Netzwerks Steuergerechtigkeit sollten hier stärkere Beachtung finden.

Angesichts dieser Zahlen fällt es schwer zu akzeptieren, dass wir uns faire Löhne und einen Sozialstaat, der die Würde der Schwachen und die demokratische Teilhabe für alle in den Mittelpunkt stellt nicht leisten könnten.

Diese demokratische Teilhabe sollten wir nicht gering schätzen und sie uns auf keinen Fall aufgrund von Resignation oder der beliebten Behauptung, es gäbe keine Alternativen nehmen lassen. Wir können uns politisch einmischen und durch gemeinsames Engagement in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, in Gewerkschaften und Kirchen stärken und Mut machen. Gelebter Glaube drückt sich für mich nicht zuletzt im Wahrnehmen gesellschaftlicher Verantwortung aus.

Dr. Brigitte Bertelmann
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Tel: 06131/ 287 44 44
Mail: b.bertelmann@zgv.info